

Er scheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
1. Monat besonders angenommen; im
Königl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 1. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
beim Verlagsgesetzlichen und Seite pro
Zeitschrift 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Bilal-Expeditionen.
New-York: Esq. Berner, Genossen-
schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Doh, 630 North
5th Street.
J. Holl, 1129 Charlotte Str.
Boston N. J.: F. H. Gorge, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: N. Rautenmann, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: F. Doh, 418 O'Farrell Str.
London W.: E. Hays, 8 New-Ct.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 108.

Freitag, 13. September.

1878.

Ein perfides Attentat auf die gesunde Vernunft.

II.

Die „Provinzial-Correspondenz“ bespricht im ferneren Verlauf des Artikels die sozialistische Agitation in der bei diesem Regierungsorgan gang und gäben läguerischen, verbrecherischen Weise und fährt dann fort:

„Einer solchen Agitation gegenüber, deren Waffe niemals die wissenschaftliche Beweisführung, sondern stets die moralische Verdächtigung ist, deren Folge die Ausziehung verbrecherischer Gelüste in wilden Gemüthern, die Entnerung und Zerstörung aller gesunden Thatsache in schwachen Seelen ist, einer solchen Agitation mit den Waffen des gesetzlichen Verbots und der gesetzlichen Strafe entgegenzutreten, soll eine Bedrohung der öffentlichen Freiheit sein! Der Gebrauch der Freiheit kann nie in der Anwendung unethischer Mittel bestehen, die Entziehung solcher Mittel ist der Schutz der Freiheit. Wie es sich aber um die Bekämpfung eines Giftes handelt, dessen Vertreter längst geübt sind in der Kunst, die Gaben so zu reichen, daß die einzelne Gabe selten ein Vergehen oder ein Verbrechen im Sinne der ordentlichen Strafgesetze darstellt, so bedarf der Staat außerordentlicher Vollmachten zur Vernichtung dieses Giftes. Die großen Völker aller Zeiten haben, wenn sie solche Krankheiten in ihrem Körper um sich greifen sahen, den Muth gehabt, ihren Obrigkeiten außerordentliche Vollmachten anzuvertrauen. Der Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie, mit dem der neu gewählte Reichstag als mit seiner dringlichsten Aufgabe sich zu beschäftigen haben wird, ist g. b. durch einen offenen Angriff gegen die deutsche Nation, der sein Werk nicht einmal verheimlicht, sondern es herausfordernd seinen Genossen und seinen Gegnern zuruft. Es kann für keine aufrichtige Meinung die Frage entstehen, ob diesem Angriff am besten damit zu begegnen sei, daß man ihn ungestört gewähren lasse. So lange es Staaten giebt, hat noch nie ein Volk die systematische Verberung der aus Mangel an Erfahrung und Scharfblick dem Betrug zugänglichen Klassen durch alle Mittel der Lüge in seiner Mitte ruhig geluldet.“

Das Regierungsblatt bleibt auch hier bei seiner Meinung, daß der Sozialismus auf künstlichem Wege erzeugt sei und zwar durch die unläutersten Mittel, durch moralische Verdächtigungen. Wir fragen aber: ist es auch eine „moralische Verdächtigung“, wenn der frühere österreichische Minister, Excellenz Professor Dr. Schäffle in seiner Schrift: „Bau und Leben des sozialen Körpers“, dritter Theil, „Kapitalismus und Sozialismus“ (zweite Auflage) Seite 457 schreibt:

„Die Angriffe auf corumpirende Besitzübermacht in der Gesellschaft sind bekanntlich alt. Kaum hatte in der französischen Revolution das Bürgerthum die Feudalwirtschaft überwunden, so erklärte Babeuf die bestehenden Bürger selbst für „Urrpatoren“, und sah sich selbst ein Kobespiere veranlaßt, auf den Antrag eines Agrargesetzes die Todesstrafe zu sehen. Es bildeten sich schon 1791 Arbeiterassoziationen, welche die Arbeitgeber „Bamphyre“ und Tyrannen der Arbeit nannten. Trotz aller Unterdrückung ist endlich die heutige sozialistische Bewegung erwachsen; das Elend des Volkes liegt jetzt schon auf einem Paradebette; ehemals war es versteckt in einem Winkel.“

Ist das auch eine moralische Verdächtigung? Und was thun die Regierungen, um das Elend des Volkes zu lindern? Sie machen Ausnahmegeetze!

Ist das wiederum vielleicht eine „moralische Verdächtigung“? Nun wohl! Mögen die Regierungen das Elend des Volkes heben, dann, aber auch nur dann können wir einen solchen Vorwurf entgegennehmen, sonst aber ist dieser Vorwurf selbst nichts anderes, als eitel Lüge und „moralische Verdächtigung“!

Zum Schluß nun bauernfängt die „Provinzial-Correspondenz“ in folgender Weise:

„Die Meinungsverschiedenheit kann also nur über die Wahl der besten Mittel für die staatliche Aktion sein. Es werden nun aber die beiden Gesichtspunkte künstlich durcheinandergemengt, daß Ausnahmegeetze überhaupt unethisch seien, wobei man doch immer wieder mittelbar ihre Nothwendigkeit eingestehen muß, und daß durch die über den Zweck der Verleihung hinausgehende Ausdeutung außerordentlicher Vollmachten eine Reaktion zu befürchten sei. Daß eine Reaktion im wahren Sinne, d. h. der Versuch, geschweige denn der dauernde Wille, dem wahren Bedürfnisse der nationalen Entwicklung entgegenzuhandeln, ein unmöglicher Gedanke ist, die Ueberzeugung soll die deutsche Nation in dem Augenblicke, wo ein schweres Uebel durch fernere Vernachlässigung zum Unheil heranwachsende droht, aus dem Vertrauen zu sich selbst schöpfen. Möge der Reichstag die freieste Prüfung des ihm zugehenden Gesetzborschlags unternehmen. Aber der innerste Wille und das wahre Bewußtsein der Nation erwartet, daß er entweder die Anwendung des vorgeschlagenen Mittels genehmige oder ein besseres darbiete. Die Vaterlandsliebe und die Einsicht, welche so viele Mitglieder des sich versammelnden Reichstages zum Theil in einem langen öffentlichen Leben bewährt haben, begründen die Zuversicht, daß der Reichstag weder sich selbst und der Nation das Zeugniß der Rathlosigkeit ausstellen, noch weniger aber die letztere in eine Hilflosigkeit versetzen werde, die sich unter ohnmächtigen Scheinmitteln verbergen sucht.“

Wie nett! Als der vorige Reichstag die freieste Prüfung des Gesetzentwurfes gegen den Sozialismus vornahm und so frei war, denselben mit großer Majorität abzulehnen, da schickte man ihn nach Hause und jetzt — wagt es dasselbe Regierungsorgan, welches bisher die unbedingte Annahme des neuen Entwurfes als eine politische Nothwendigkeit immer hinstellte, den

neuen Reichstag wiederum zur freiesten Prüfung des Gesetzborschlags einzuladen und diese Einladung mit allen möglichen Schmeicheleien an die Weisheit der Reichstagsmajorität zu umgeben.

Ist das etwa keine Bauernfängerei? Und an wen wendet sich hauptsächlich das Regierungsblatt mit seinen Schmeicheleien? An die Liberalen, welche von eben demselben Blatte vor den Wahlen in geradezu pöbelhafter Weise angegriffen und „moralisch verdächtigt“ worden sind. Ob sich diese Herren von dem Regierungsorgan bauernfängern lassen werden? Ihre Vergangenheit berechtigt uns nicht, auf diese Frage mit Nein zu antworten; wohl aber liegt die Möglichkeit vor, daß die Liberalen zu der Erkenntniß gelangen, daß die Regierung sie nochmals und zwar zum letzten Male ansuchen und dann zur Seite schieben will. Doch die Herren Liberalen mögen sich selbst berathen.

Und nun wollen wir uns noch einmal zum Schluß dieses Artikels einer „moralischen Verdächtigung“ beileihen:

Bis jetzt sieht man nicht, daß zur Abhülfe der Noth irgend etwas geschehen soll; diejenigen Elemente aber, welche diese Noth abhülfen wollen, die Sozialdemokraten sollen durch Ausnahmegeetze im Interesse der ausbeutenden Klassen geächtet und verfolgt werden. Anstatt das Uebel zu verfolgen, verfolgt man die Begner desselben, um dann das soziale Elend immer höher hinauf und sich selbst über die Köpfe wachsen zu lassen.

Die Geschichte ist unsere beste Lehrerin. Immer dann, wenn die Regierungen oder die herrschende Gesellschaft überhaupt mit brutalen Verfolgungen denen antwortete, welche neuen, besseren Ideen Eingang verschaffen wollten, immer dann durchbrach der momentane durch dieses Vorgehen zwar eingedämmte Strom in nicht zu langer Zeit die Wälle und überfluthete verheerend das Land. Hätte man die Wasser des Stromes ruhig und stetig dahinfließen lassen, wären die Wässer hin und wieder auch über die Ufer hinausgetreten, so konnten sie nur befruchtend wirken. Die Hindernisse aber durchbrechend, wüßten die Fluthen zunächst zerstörend wirken, während erst später nach und nach die verderblichen Folgen verschwinden und neuem Leben, neuer und gedoppelter Fruchtbarkeit Platz machen.

Doch wir wollen, komme was da wolle, guten Muthes bleiben; vorbereitet sind wir auf alle Verfolgungen, gestählt und freudig nehmen wir auch diesen Kampf auf, denn wir wissen, daß, wenn auch unsere Personen nicht, so doch unsere Idee endlich siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird.

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegeetz.

(Schluß.)

Die „Vossische Zeitung“ vom 6. d. bringt über „die unmittelbare Veranlassung“ des Ausnahmegesetzes einen vortrefflichen Artikel, den wir hier vollständig folgen lassen:

„Der Zusammenhang der beiden Mordversuche auf den Kaiser mit den Bestrebungen und Agitationen der Sozialdemokratie, auf welchem die Berechtigung des Ausnahmegesetzes hauptsächlich begründet wird und eigentlich allein und ausschließlich begründet werden kann, und welcher im Augenblicke der begangenen beiden Verbrechen der ersichtlichen Einbildungskraft und dem Loyalitätsgefühl außer allem Zweifel erschien, zeigt sich vor dem Stuhle der juristischen, wie der psychologischen Kritik, welche hier allein maßgebend sein dürfen, als ein so loser, die Fäden, die ihn bilden, als so spinnewebenartig dünn und schwach, daß er eine Folgerung von praktischem, gesetzgeberischem Inhalte überhaupt nicht, jedenfalls nicht von dem Inhalte der Vorlage zuläßt.“

„Der eine der beiden Mörder ist allerdings ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen, aber sein Verbrechen erscheint nach dem Gesamtergebnisse der gerichtlichen Untersuchung und Verhandlung fast rein und ausschließlich als die Frucht und Wirkung seiner allgemeinen sittlichen Verkommenheit, der er wahrscheinlich bereits verfallen war, ehe er von der Sozialdemokratie mehr als den Namen, wenn selbst nur diesen, gehört hatte. Zunächst ist von einer direkten Anregung des Verbrechens aus dem Schooße der Partei nicht die Rede und nie die Rede gewesen. Ferner aber ist der Verbrecher weder ein Typus seiner Partei, noch ein hervorragendes, noch ein besonders eifriges im gewöhnlichen Sinne des Worts, noch überhaupt ein eigentlicher Parteimensch gewesen. Im Gegentheil, es würde schwer zu sagen sein — und er selbst würde es nicht gekonnt haben, mit Bestimmtheit zu sagen — ob er als Sozialdemokrat oder als Christlich-Sozialer sein Pistol abgefeuert und nachmals den Streich des Hentersbeils empfangen hat. Die Verantwortlichkeit einer nach Hunderttausenden oder je nachdem auch nach Millionen zählenden Partei für ein einzelnes Mitglied von der sittlichen und geistigen Beschaffenheit Hödel's muß als gleich Null angesehen werden; sonst würde es wohl keine einzige Partei geben, die nicht durch einzelne Handlungen solcher Art von Mitgliedern über und über mit den häßlichsten sittlichen Flecken und Verbrechen — zum großen Theile sogar mit dem des Königsmordes — gebrandmarkt wäre. Selbst soweit sich nachweisen ließe, daß unter den mittelbaren Ursachen, die das Verbrechen vom 11. Mai gezeitigt haben, sich auch die Vektüre sozialistischer Schriften und das Anhören sozialistischer Reden und Vorträge befänden, kann bei ruhiger und billiger Beurtheilung ein anderer Schluß nicht gemacht werden. Keine politische oder sozialistische Lehre kann nach den Konsequenzen geschätzt werden, welche ein Einzelner, der noch dazu geistig wie sittlich tief unter dem Durchschnittsneue ihrer Anhänger steht, aus ihr oder vielmehr unter ihrem mittelbaren Einflusse zieht.“

„Während nun Hödel, als er die That beging, wenigstens ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei war oder bis vor Kurzem gewesen war, hat der zweite Mörder mit der Partei gar nichts zu thun. Er ist nicht einmal ein Mitglied derselben in dem allerweitesten, gewöhnlichen, nichtslagenen Sinne gewesen. Seine Bestrebungen, soweit von Bestrebungen bei ihm die Rede sein konnte, gingen nicht von ferne auf irgend welche sozialdemokratische Zwecke. Er wollte irgend eine Beschäftigung oder Anstellung im Staatsdienste oder sonstwo haben und scheiterte wegen seiner persönlichen Ungeeignetheit überall damit. Der Besitz einiger sozialistischer Broschüren, die Thatfache, daß er ein oder ein paar Mal sozialistische Redner zugehört hat, beweist an sich eben so wenig, als daß er einmal in einem Aufsatz oder in seiner Unterhaltung einen sozialistischen Gedanken einfließen ließ. Die Sozialdemokratie wäre keine kämpfende Partei mehr, wenn jeder zu ihr gehörte, der dies gethan hat. Wenn ein Zusammenhang zwischen seiner That und der Sozialdemokratie besteht, so ist es der, daß derselbe entsetzliche Nihilismus, der ihn schließlich zum Kaiserthum- und Selbstmordversuch trieb, ihn vorher noch veranlaßte, bei der Sozialdemokratie, von der er gehört hatte, daß sie auch ein nihilistisches Element in sich schloße, anzuklopfen. Aber von einem Zusammenhange seiner That mit der Sozialdemokratie in dem Verhältnisse von Wirkung und Ursache hat sich auch nicht die leiseste Spur herausgestellt: die in dieser Richtung von einem Theile der halbsozialistischen Presse mit großer und verdächtigter Oeffentlichkeit verbreiteten Behauptungen sind sämtlich in amtlicher Weise für durch und durch erfunden und auf Unwahrheit beruhend erklärt worden. Wenn nicht am 2. Juni in den Gemüthern eine starke und lebhafteste Ideenassoziation zwischen der Sozialdemokratie und dem Königsmorde in Folge des Hödel'schen Verbrechens vorhanden gewesen wäre, wäre der Gedanke, Nobilität als den Verwirklicher schenlicher sozialistischer Träume zu betrachten, wahrscheinlich gar nicht aufgetaucht.“

„So sehr nun diese Ideenassoziation, welche die Sozialdemokratie für die beiden Attentate verantwortlich macht und Maßregeln gegen dieselbe verlangt, ihren Grund in dem lauterem Gefühl der Loyalität hat, welches auch die entfernteste und selbst nur imaginäre Gefahr um jeden Preis von dem Haupte des Kaisers abgewandt wissen will, so kann und darf sich der kalt abwägende Gesetzgeber doch der Thatfache nicht verschließen, daß für diese Ideenassoziation ein realer Boden und Hintergrund nicht vorhanden ist, daß die beiden Mordversuche als eine praktische Frucht sozialdemokratischen Treibens nicht betrachtet werden können, daß der Gedanke, als könne die Verwerfung des Ausnahmegesetzes, die Möglichkeit einer Wiederholung des furchtbaren Verbrechens vermehren, nicht nur mit sittlicher Entrüstung, sondern auch vom Standpunkte der Logik aus mit Berachtung zurückgewiesen werden muß. Ganz abgesehen davon, daß, wenn, was wir nicht fürchten wollen, noch ein anderer Mordbube von dem Schlage jener beiden anderen sich in unserer bürgerlichen Gesellschaft befände, dieser durch ein Gesetz, welches die sozialdemokratische Press- und Vereinsfreiheit der Gnade der Polizeibehörde überläßt, sicher nicht von seiner Absicht abgehalten oder in ihrer Ausführung behindert würde; so wenig wie ein halbwegs vernünftiger Mensch annehmen kann, daß die That vom 2. Juni unterblieben wäre, wenn der schärfere Reichstag dem ersten Ausnahmegeetze seine Zustimmung ertheilt hätte.“

„Soweit die öffentliche Meinung außerhalb der direkt reaktionären oder urtheilslos regierungsfreundlichen Kreise gesetzgeberische Maßregeln gegen die Sozialdemokratie und selbst Ausnahme-maßregeln fordert oder doch für zulässig hält, thut sie es ausschließlich um des vermeintlichen Zusammenhangs zwischen ihr und den Mordversuchen willen und in der Voraussetzung, daß sie zur sicheren Verhinderung der Wiederholung der letzteren notwendig sind. Der politische Mann, welcher das Nichtvorhandensein jenes Zusammenhangs und die absolute Nichtwirksamkeit in dieser Beziehung erkannt hat, hat die sittlich-politische Pflicht, sich der gutgläubig irdenden öffentlichen Meinung nicht hinzugeben und sie dadurch in ihrem Irrthum zu bekräftigen, sondern sich ihr zu widersetzen und sie zu besserer Erkenntniß zu leiten. Er könnte freilich, unbeschadet seiner Ueberzeugung von der Irrigkeit der öffentlichen Meinung in diesem Punkte, aus andern Gründen zu denselben Ergebnissen und Folgerungen kommen, und die Sozialdemokratie, ohne Rücksicht auf die beiden Mordversuche, für ein so großes und drohendes Uebel betrachten, daß dasselbe um jeden Preis ausgerottet werden müßte. Dazu würde freilich noch die weitere Annahme gehören, daß es überhaupt durch gesetzgeberische Akte ausgerottet werden könnte, und daß der in der Vorlage betretene Weg der dazu geeignetste, oder überhaupt nur geeignet sei.“

So der Artikel der „Vossischen Zeitung“.

Die Nationalliberalen haben noch immer nicht fest Stellung zu dem Gesetz genommen. Einen eigentümlichen Artikel bringt die „Nationalliberale Correspondenz“. Er ist betitelt: „Partikularismus und Sozialdemokratie“, und es heißt darin: „Die einzige wesentliche Veränderung, welche der Bundesrath an dem Sozialistengesetzentwurf der preussischen Regierung vorgenommen hat, ist charakteristisch für das Verhalten der deutschen Regierungen zu der Sozialdemokratie, für das ganze Emporkommen der letzteren in Deutschland überhaupt. Wir haben sie am äppigsten aufzuwachen sehen in dem Königreich Sachsen und der Provinz Schleswig-Holstein, — letztere früher, ersteres heute noch ein wahrer Tummelplatz des preussensindlichen Partikularismus. Eine Zeit lang wurde sie ja auch in Berlin von oben her halb und halb begünstigt, so lange nämlich die Unitarier Lassalle und v. Schweitzer in ihr das große Wort führten. Aber seit der Preussenhasser Liebknecht das Heft in die Hand

belommen hat, ist bei der preussischen Regierung die Stimmung natürlich umgeschlagen, und die beiden Wordversuche gegen das ehrwürdig geheiligt Haupt des Kaisers haben diesen Umschlag zu dem Entschluß der Unterdrückung um jeden Preis verfestet. Die sächsische Regierung kann sich einem solchen Feldzuge gegen eine gemeingefährlich gewordene Sekte natürlich nicht gut versagen, aber ihre Anhänger im Lande stehen noch keineswegs in dieser Hinsicht auf der konservativen Höhe der Zeit. Sie halten die sozialdemokratische Wählererei wohl auch für eine Art Gift, aber doch für ein harmloseres als das der zu Preußen huzureizenden nationalliberalen Politik, dem es sogar als Gegenmittel dienen mag. — Folgt das Märchen von der Wahl Bebel's (1877) durch die sächsischen Partikularisten, nebst weiterem denunziatorischen Gezeter über den Partikularismus. Die oben abgedruckte Stelle ist insofern interessant, als Bismarck darin in direkter Weise beschuldigt wird, die Sozialdemokratie bloß deshalb zu verfolgen, weil sie sich ihm nicht politisch dienstbar machen will. Wir gestehen: eine ärgere „Bismarckbeleidigung“ ist uns noch nie vorgekommen. Daß Lassalle kein „Unitarier“ im Bismarck'schen Sinne war, wissen unsere Leser, ebenso wie sie wissen, daß in unserer Partei keine einzelne Person „das Heft in Händen hat“, und daß der „Preußenhasser“ Viebliebt nicht die Preußen, d. h. das preussische Volk, sondern nur dessen schlimmste Feinde haßt und bekämpft.

Beim „linken Flügel“ der Nationalliberalen fängt es an, stark zu „kompromitteln“. Die „Lasker'sche Autographische Correspondenz“ schreibt:

Am 9. September tritt der neue Reichstag zusammen; es ist die erste Session der vierten Legislaturperiode, zu welcher derselbe eröffnet wird. Ungewöhnlich wie die Zeit der Eröffnung, sind die Umstände, unter denen sie erfolgt. Nicht nach dem ruhigen Ablauf seiner dreijährigen Mandatsdauer ist der vorige Reichstag heimgegangen; eine Auflösung hat ihm ein frühes Ende bereitet und darauf haben die allgemeinen Wahlen zum neuen Reichstag unter einer stürmischen Aufregung der Bevölkerung und unter einer Verwirrung der Anschauungen stattgefunden, die bei uns noch nicht erlebt worden sind. Der neu gewählte Reichstag zeigt in seiner Zusammensetzung die Spuren davon; es kann nicht anders sein, als daß man sich kein richtiges Bild von dem Gang seiner Verhandlungen und dem Ausfall seiner Beschlüsse vorzustellen vermag. Die Streitfragen, die zwischen der Regierung und der Mehrheit des aufgelösten Reichstags schwebten, haben durch die Auflösung und die Neuwahlen keine Abklärung erfahren. Nicht darum wurde gekämpft, ob diese Streitfragen vom neuen Reichstage in der einen oder der andern Weise zum Austrag zu bringen seien; sondern es war eine wilde Jagd nach Mandaten, in welcher einzelne Parteien den anderen nach Möglichkeit Abbruch zu thun suchten. Schließlich ist es der Regierung doch nicht gelungen, sei es auch nur für irgend eine einzelne Frage, eine geschlossene Mehrheit zu Stande zu bringen. Als Grund der Auflösung wurde offiziell angegeben, daß bei den schweren Gefahren, die dem Gemeinwesen von den Ausschreitungen der Sozialdemokratie drohen, die Regierung suchen müsse, eine Reichstagsmehrheit um sich zu sammeln, die, aus den „Staats-erhaltenden Elementen“ bestehend, ihr die Mittel zu einer wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie zu gewähren bereit sei. So war denn die Ablehnung des Sozialistengesetzes durch den Reichstag in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt, obwohl diejenige Partei, gegen die sich die Angriffe der Regierungsparteien zumeist richteten, die nationalliberale, im Voraus ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, in einer außerordentlichen Perthesession des Reichstages mit der Regierung ein Gesetz zu dem gedachten Zwecke zu vereinbaren, wie dieses jetzt ja auch nach der Auflösung und nach den Neuwahlen die erste Aufgabe des Reichstages sein soll, der mit Rücksicht auf das Zustandekommen eines solchen Gesetzes überhaupt und auf dessen Inhalt für die Regierung nicht günstiger zusammengesetzt ist, als es der aufgelöste Reichstag war. So ist denn der offiziell verkündigte Zweck der Auflösung nicht erreicht worden; die Regierung wird nach wie vor darauf angewiesen sein, mit derselben Partei sich ins Vernehmen zu setzen, welcher sie wegen des angeblichen Mangels an Entgegenkommen gegen ihre Absichten während der Wahlen den Krieg machen ließ, wenn sie im neuen Reichstage irgend ein Gesetz von Erheblichkeit, zunächst das Sozialistengesetz, zu Stande bringen will. Obgleich der neue Reichstag eine Verärgerung der beiden konservativen Parteien um etwa 40 Mitglieder aufweist, wird er darum doch für die Regierung nicht „bequemer“ sein, als der aufgelöste. Die Neuwahlen sind ja nicht bloß für eine Session, nicht bloß im Hinblick auf ein einzelnes Gesetz erfolgt. Wenn nicht eine abermalige Auflösung vorgenommen wird, hat der neu gewählte

Reichstag während seines dreijährigen Bestehens namentlich auf dem wirtschaftlichen Gebiete schwierige Aufgaben zu erfüllen; er soll im Zusammenhang damit die Reichsfinanzen in ein festes System bringen und für eine neue Reihe von Jahren die Grundlagen für den Militäretat feststellen. Ob für die Erledigung dieser wichtigen Gegenstände die Zusammensetzung des neuen Reichstages im Sinne der Regierung sich wesentlich verbessert hat, muß bezweifelt werden. Die konservativen Parteien sind zwar äußerlich gewachsen, sie sind darum aber keine stärkere Stütze für die Regierung geworden. Sie sind mehr noch als früher mit Elementen durchsetzt, die grade nicht als warme Freunde des Reiches und einer auf seine Stärkung gerichteten Politik gelten können; wohl aber werden sie auf die Regierung dahin einzuwirken suchen, daß die Wege, welche bisher zu den großen nationalen Zielen hin eingeschlagen und verfolgt worden sind, verlassen werden und eine Reaktion eintrete. Die Regierung hat es an Versicherungen nicht fehlen lassen, daß Derartiges nicht in ihrer Absicht liege; man muß dem Glauben schenken; dann aber wird auch von einem Einvernehmen über die Zielsetzung zwischen der Regierung und der äußersten Rechten nicht die Rede sein können. Die Regierung wird, wenn sie fortfährt, die Reichsinstitution auszubauen, von ihren deutschkonservativen Freunden dabei mehr Hinderung als Förderung erfahren; sie wird genötigt sein, wiederum zusammen zu gehen mit den liberalen Parteien. Dieses Alles deutet darauf hin, daß der neu gewählte Reichstag der Schauplatz vielfach verschlungener Bewegungen und Gruppirungen der Parteien unter sich und mit der Regierung sein wird. Wir können nur wünschen, daß auf allen Seiten die Lage mit richtigem Verständnis erfaßt und daß ohne Vorurteil nach einer Verständigung gesucht werden möge. Das Reich darf schließlich nicht darunter leiden, daß die Regierung und die Mehrheit des Reichstages über eine einzelne Frage der Gesetzgebung in scharfen Gegensatz gerathen sind. Es giebt große Gebiete, auf welchen ein Einverständnis unschwer sich erzielen läßt und die Gesetzgebung in ruhiger Entwicklung sich entfalten kann. Ist erst der heute noch unlösbar erscheinende Gegensatz ausgeglichen, so wird nichts weiter dem entgegenstehen, mit dem Ausbau der Reichsgesetzgebung fortzufahren.“

Wir fürchten, dieser Appell an das „richtige Verständnis“ des Fürsten Bismarck wird seinen Zweck verfehlen. Fürst Bismarck hat offenbar von den Konservativen und Reaktionären ganz andere Ansichten, als Herr Lasker sich selber weiß zu machen sucht.

Im Uebrigen erhebt aus dem Artikel die Angst vor einem „Konflikt“ und neuer Auflösung, sowie der sehnsüchtige Wunsch nach „Verständigung“.

Mit den heute veröffentlichten Preßstimmen schließen wir unsere Zusammenstellung ab.

Das Ausnahmegesetz befindet sich nun vor dem Forum des Reichstages, dessen Urtheil und Haltung uns jetzt in erster Linie beschäftigen.

Sollte uns noch irgend ein bemerkenswerther Zeitungsartikel vorkommen, so werden wir desselben in der politisch-sozialen Uebersicht Erwähnung thun.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Thronrede, mit welcher am Montag der deutsche Reichstag eröffnet wurde, lautet im Wesentlichen:

„Als die letzte Session geschlossen wurde, befand sich das deutsche Volk noch unter dem Eindruck der tiefen Erregung, welche ein gegen die Person Sr. Majestät des Kaisers gerichteter Mordversuch hervorgerufen hatte. Schon wenige Tage darauf hat sich abermals und mit unheilvollere Erfolge die Hand eines Verbrechers gegen das Oberhaupt des Reiches erhoben. Gottes Gnade bewahrte zwar auch diesmal das Leben des Kaisers, aber die erlittenen schweren Verwundungen haben Se. Majestät genötigt, bis zur völligen Genesung sich der Regierungsgeschäfte zu enthalten und die Wahrnehmung derselben Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen zu übertragen. Schon nach dem ersten Mordanfall waren die verbündeten Regierungen überzeugt, daß die Frevelthat unter dem Einfluß der Bestimmungen entständen sei, welche durch eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Agitation in weiten Kreisen erzeugt und genährt werden. Sie haben deshalb dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, welches diesen gemeingefährlichen Bestrebungen ein Ziel zu setzen bestimmt war. Die Vorlage wurde abgelehnt. Jetzt, wo der Nation ein erneutes Verbrechen die dem Reich und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr mehr und mehr zum allgemeinen Bewußtsein gebracht hat, werden Sie, geehrte Herren, durch

forderte, gewisse Uebelstände abzuschießen*), widrigenfalls er eine Schrift veröffentlichten wolle, in der er der Welt den Unterschied zwischen Sr. Durchlaucht und einem Wolf erklären werde. Auf dieses Schreiben antwortete der Herr Reichskanzler höflich und ziemlich nachgiebig, den Briefschreiber redete er „lieber Herr Doktor“ an. Und doch war dieser**) kurz vorher vom Reichstage für vogelfrei erklärt worden und galt bei Vielen für einen Reichsfeind.

Dies Benehmen des Kanzlers muß denjenigen in Erlaunen setzen, der die Beweggründe nicht kennt. Die Erklärung liegt ziemlich nahe. Wenn eine Volksbewegung so mächtig geworden, daß der Versuch einer Unterdrückung derselben die Throne gefährdet, dann pflegen die Herren Fürsten sich — wie der Ausdruck lautet — an ihre Spitze zu stellen. Das war in jener Zeit der Fall. Herr Albrecht von Hohenzollern veranstaltete in seiner Residenz zwar keinen Umzug mit der schwarz-roth-goldenen Fahne — das wäre damals nicht zeitgemäß gewesen — allein, wie wir gesehen haben, unterhielt er Beziehungen zu den Leitern der Umsturzpartei. Diese Beziehungen sollten aber nicht nur Schaden abwenden, sondern auch Nutzen bringen. Die geistlichen Fürsten konnten nämlich auf die Sympathie des den Clerus hassenden Volkes rechnen, wenn sie ihre Stifte in weltliche Fürstenthümer verwandelten. Zum großen Theile zeigten sie sich dazu auch geneigt; denn eine Popularität, welche „reellen“ Vortheil bringt, liebten die Herren. Auch der Reichskanzler, Herr von Hohenzollern, hätte sich gar gern als erblichen Kurfürsten gesehen. Sein Herr Verwandter, ein anderer Albrecht von Hohenzollern, ebenfalls geistlicher Fürst, wandelte in jener Zeit das seiner Verwaltung übergebene Deutschordensland gewaltiam in ein „Herzogthum Preußen“ um, riß es vom deutschen Reiche los und stellte es unter die Oberhoheit Polens. Man ersieht hieraus — und dies sei beiläufig bemerkt — daß die jetzt übliche Schulmeisterbehauptung von dem „jederzeit nationalen Sinne der Hohenzollern“, nicht immer zutreffen hat. Die beiden hier erwähnten Jollern waren Egoisten und der eine von ihnen verging sich schwer an der Staatsordnung des deutschen Reiches; ja er verübte eine Handlung, welche

Neuwahlen zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen, auf's Neue zu prüfen haben, ob das bestehende Recht genügend Handhaben zu Unsicherlichmachung jener Bestrebungen bietet. Die verbündeten Regierungen haben ihre Ueberzeugung nicht geändert; sie sind nach wie vor der Ansicht, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, um der weiteren Ausbreitung des eingerissenen Uebels Einhalt zu thun und den Boden für eine allmähliche Heilung zu bereiten. Sie halten ebenso an der Auffassung fest, daß die zu wählenden Mittel die staatsbürgerliche Freiheit im Allgemeinen zu schonen und nur dem Mißbrauch derselben entgegenzuwirken haben, mit dem eine verderbliche Agitation die Grundlagen unseres staatslichen und Culturlebens bedroht. Ein von diesen Gesichtspunkten aus aufgestellter Gesetzentwurf wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. Die verbündeten Regierungen hegen die Zuversicht, daß die neu gewählten Vertreter der Nation ihnen die Mittel nicht verlagern werden, welche notwendig sind, um die friedliche Entwicklung des Reiches gegen innere Angriffe ebenso sicher zu stellen, wie gegen äußere. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß, wenn erst der öffentlichen Ausbreitung der unheilvollen Bewegung ein Ziel gesetzt ist, die Zurückführung der Zerregelten auf den richtigen Weg gelingen wird.“

Was sollen wir zu dieser Thronrede sagen!? Wenn die verbündeten Regierungen nur ihre „Ueberzeugung“ betonen, daß die Sozialdemokratie die Attentate auf den Kaiser verschuldet habe, so ist das zum Mindesten von sehr untergeordneter Bedeutung, da sie es nicht der Mühe werth halten, diese „Ueberzeugung“ durch Thatfachen und Beweise zu erhärten. Dies versuchen auch nicht einmal die von den Regierungen zu dem Gesetzentwurf beigegebenen Motive.

— Zur Eröffnung des Reichstags. Der Reichstag ist durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Grafen Stolberg eröffnet worden. Für den „Hamburgischen Correspondent“ bleibt es immerhin unaufgeklärt, weshalb der Kronprinz auf die Ausübung des Rechts, in vorliegender Falle den Reichstag zu eröffnen, Verzicht geleistet hat. — Man sagt, daß der Kronprinz von Deutschland äußerst verstimmt sei über — was, das darf man nicht sagen.

— Untergrabung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren an das Handelsministerium für das Jahr 1877 beschäftigen sich in hervorragender Weise mit der Ausführung des Haftpflichtgesetzes bei Unfällen der Fabrikarbeiter und constatiren dabei Mißstände ganz erheblicher Art. Gleichwie in ihren Berichten über das Jahr 1876, erklären auch in ihren neuesten Berichten die meisten Fabrikinspektoren, daß die Ansichten der Arbeitgeber und Arbeiter über die Haftpflicht der Ersteren fast durchweg einander gegenüberstehen. Der Arbeiter will im Allgemeinen seinen Anspruch auf Entschädigung aus jeder Verletzung herleiten und zahlreiche Arbeitgeber möchten womöglich gänzlich der Haftpflicht sich entziehen. Diese einander gegenüberstehenden Ansichten erschweren die gütliche Einigung. Der Arbeiter wird auch deshalb gezwungen, zum Prozesse zu schreiten, weil sein Anspruch auf Schadenersatz erlischt, wenn er ihn nicht innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Verletzung an gerechnet, geltend macht. In manchen Fällen ist die erste Folge des angestrengten Prozesses die Entlassung des Arbeiters, weil es sich mit der Disziplin in der Fabrik nicht gut verträgt (?), daß ein Arbeiter mit seinem Arbeitgeber sich im Prozesse streitet. Vor solch einer eventualität schreckt mancher Arbeiter zurück; die ihm an den Tag gebotene Erleichterung ist ihm lieber, als der immerhin unsichere Ausgang eines Prozesses, zumal er auf das Zeugniß seiner Mitarbeiter, die nicht selten wegen ihre Stellung verlieren wollen, nicht immer rechnen kann. Selbst in Fällen, in denen die Fabrikanten ihre Haftpflicht auf Unfall-Versicherungsgesellschaften übertragen haben, richten die Fabrikanten nicht selten, wie der Fabrikinspektor für Berlin betont, um die Ansprüche der Arbeiter im Allgemeinen möglichst niedrig zu halten, ihre Ansicht eher zu Gunsten der Versicherungsgesellschaft als ihrer Arbeiter ein. — In Bezug auf die gewerbetreibenden Versicherungsanstalten für Haftpflichtfälle sprechen sich eine Anzahl Fabrikinspektoren überhaupt ungünstig aus. (Lasker! Lasker!) Nach Abwägung der Haftpflicht von sich auf ein fremdes Institut wird der Fabrikant sorgloser in Bezug auf die Schutzrichtungen (von den Sozialisten oft betont worden) seiner Fabrik und kümmert sich wenig um die Beseitigung von Mängeln, welche eine Gefahr für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter zur Folge haben. Andererseits betrachten die Unfall-Versicherungs-gesellschaften als ihre Aufgabe, in möglichst

nach heutigem Rechte (§ 81) mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden würde.

Der Reichskanzler führte — wohl um seine Popularität zu erhöhen — verschiedene Reformen ein. Er schaffte die Steuerfreiheit des Adels ab und zwang ihn, seine Güter gerade so hoch zu versteuern, wie dies die andern Menschen thun mußten; ferner setzte er den adeligen Gerichtsschöffen zu ihrem großen Junkerbürgerliche Doktoren zur Seite. Daß dies den Haß der Junkerpartei — der Conservativen würde man heute sagen — erregte und ihr stilles Wahlen veranlaßte — wer wundert sich darüber? Der Fürst ließ sich durch nichts beirren; wußte er doch, an der bürgerlichen Bevölkerung eine feste Stütze zur Verwirklichung seiner Pläne zu besitzen.

Die Hoftpartei wandte sich hierauf nach Rom und bat den Papst um Unterstützung. Wirklich suchte Se. Heiligkeit auf den Kurfürsten-Reichskanzler einzuwirken. Zunächst durch Ermahnungen. Doch mochte dem heiligen Vater von vornherein klar sein, daß der Kanzler — ein Mann, der „Interessenpolitik“ betrieb — bloßen Worten nicht zugänglich sein und auch vor einem Conflite mit der Curie nicht zurückschrecken werde, vorausgesetzt natürlich, daß er dadurch keinen Schaden erlitt. Auch das mochte der Papst einsehen, daß ihm selbst die Macht Bayerns, des zweitgrößten deutschen Staates, der hinter der Kirche stand, in diesem Falle keine ausreichende Stütze böte. Es kam darauf an, die Interessen des Kanzlers, welche denen der hitzigen römischen Kirche entgegen waren, mit diesen in Einklang zu bringen. Und dies gelang der Kirche, indem sie dem Kanzler durch Hinweis auf den Kaiser Furcht einjagte.

Der Kaiser war nämlich ein bigotter, harter, die Selbstherrschaft liebender Mann, der Neuerungen abgeneigt. Zwar nennt ihn ein Oppositionsjahrer (Luther) „ein ganz gültiges und frommes Herz“; doch glauben wir, daß Luther diese Worte gegen seine Ueberzeugung und nur deshalb geschrieben hat, weil ein tadelndes Urtheil über das Staatsoberhaupt auch damals schon unangenehme Folgen nach sich ziehen konnte. Dem Hinweis auf die Macht des Kaisers beugte sich der Fürst; er wußte sehr wohl, daß er durch diese Nachgiebigkeit seinen Einfluß auf den Kaiser behauptete, vielleicht gar erhöhe, während er verloren gewesen wäre, wenn er sich dem Kaiser offen widersetzt hätte.

Die Hofjunker jubilirten; auch die der Neuerung geneigte

Ein deutscher Reichskanzler.

(Eine historische Erinnerung.)

Der durchlauchtige Herr, von dem wir sprechen, hat ein begründetes Anrecht auf unsere Beachtung. Zunächst wegen seines hohen Amtes; sodann deshalb, weil er dem edlen Geschlecht der Hohenzollern entsprossen war, einem Geschlecht, welches bekanntlich es sehr weit gebracht hat.

Denn die goldene Zeit des Hohenzollernthums — des königlichen, wie des kaiserlichen — zählt erst nach Jahren und Tagen. Ehemals war ein jüngerer Hohenzoller zufrieden, wenn er in einer geistlichen Pfründe Versorgung finden konnte und das höchste Ziel seiner Wünsche war der Posten des deutschen Reichskanzlers, der Kurstuhl zu Mainz. Dies Ziel wurde nur von einem einzigen des Geschlechts erreicht: von Herrn Albrecht von Brandenburg, einem gar sittenreinen Herrn und würdigen Bischof, der zwei Maitressen unterhielt und sich als „heiligen Martin“ malen ließ.

Albrecht von Brandenburg bekleidete seinen hohen Posten zur Reformationszeit, also in einer Zeit politischer und sozialer Bewegung. Er war ein energischer Mann, ein Mann von Talent, und hätte er gewollt — er hätte die Volksache mächtig fördern können. So aber benutzte er seine Stellung dazu, Deutschland einen Kaiser zu verschaffen*), den er beeinflussen konnte und der, wie es sich gezeigt hat, reaktionär gefinnt war.

Anfänglich spielte der Reichskanzler den Freund des Fortschritts und zeigte sich den neuen Ideen gar wohl geneigt. Mit Führern der Opposition verkehrte er freundlich; einer von ihnen sandte ihm sogar eine Dichtung zu**). Dabei konnte es seinem scharfen Blicke nicht entgangen sein, daß die Opposition die damals bestehende Staatsordnung des deutschen Reiches untergrub. — Wie huldreich Se. Durchlaucht sich gegen die Führer des Volkes betrug, wird durch sein Verhalten gegen einen derselben illustriert. Dieser Mann hatte an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, worin er ihn in sehr grober Form auf-

*) Karl V.

**) Ulrich v. Hutten.

*) Den Ablasshandel.

**) Dr. Martin Luther.

wenigen Fällen und mit geringen Unterfügungen bei Unfällen der Arbeiter helfend einzutreten, weil sie von dem oft nicht un-gegründeten Misstrauen geleitet werden, daß die Verletzten die Reiz der Reconvalenz, während welcher sie vollen Ersatz ihres Arbeitslohnes erhalten, weiter ausdehnen, als es nöthig ist. Derartige Verhältnisse, wie die geschilderten, sind recht eigentlich dazu angethan, das gute Verhältnis des Arbeitnehmers zu dem Arbeitgeber zu stören, und sowohl die Fabrikinspektoren für Berlin als auch mehrere andere erklären, eine Besserung dieser Verhältnisse nur davon erwarten zu können, wenn sich Verbände der verwandten Industriezweige bilden, welche in ihrer Gemeinschaft für allen Schaden aufkommen, den die Industrie an Leben und Gesundheit der Arbeiter verursacht. — Gegen solche Verbände können auch wir nichts haben, aber in erster Linie ist der Staat und die Gesetzgebung verpflichtet, die bestehende Ordnung in Bezug auf die Beweislast bei den Unfällen zu „untergraben“ und ein für die Arbeiter wirksames Haftpflichtgesetz herzustellen. Dies haben die „verfluchten Sozialdemokraten“ schon seit Jahren verlangt und sind auch deshalb in Acht und Bann gethan; dies fordern jetzt auch die preussischen Fabrikinspektoren, die nun gleichfalls dem Ausnahmegegesetz verfallen, da sie die bestehende gesellschaftliche Ordnung „untergraben“.

— Die nationalliberalen Zeitungen jammern über die von und in der letzten Nummer gebrachten Enthaltungen der „Berliner Freien Presse“. So schreibt die „Tribüne“: „Zu Anfang des Wahlkampfes wurde das Thema: „Die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie“ bekanntlich lebhaft erörtert, und es wurden allerlei fast der Vergessenheit verfallene That-sachen wieder zu Tage gefördert. Alles das aber wird über-boten durch Enthaltungen, die das Organ der Sozialdemokratie der Reichshauptstadt, die „Berliner Freie Presse“, bei Gelegen-heit einer Polemik gegen die halbamtliche „Provinzial-Corres-pondenz“ gemacht und die — wir gesehen es offen — so un-geheuerlicher Natur sind, daß sie für uns unglücklich er-scheinen. Das Blatt nennt keine Namen, aber die Bezeichnung der Personen ist eine so klare, daß man nicht fehlgehen kann, wenn man annimmt, daß mit den Hauptpersonen, von denen die Rede ist, der Reichskanzler selbst und der Vater der Sozialdemokratie, Lassalle, gemeint sind.“ Nun druckt die „Tribüne“ die Enthaltungen ab und schließt ihren Jammerruf: „Wir hatten geglaubt, die Regierung würde durch eines der ihr nahestehenden Organe schon gestern Abend die Nachrichten in aller Form dementiren lassen, aber wir haben uns geirrt. Da die nächsten offiziellen Organe erst am Montag Abend erscheinen, so können die von der „Berliner Freien Presse“ gemachten Ent-haltungen drei volle Tage unbeanstandet ihren Weg ins Publi-kum machen. Sollten dieselben, wie wir zuversichtlich hoffen, auf Irrthümern beruhen, so würde doch wohl das rascheste De-menti am Platze gewesen sein. — Wir glauben, daß die Regie-rung nicht dementiren kann!“

— Dr. Kobiling ist Dienstag, den 10. September, an einer Lungenlähmung gestorben. — Daß der Attentäter nunmehr den gerichtlichen Behörden entzogen worden ist, hat keine Partei, über-haupt Niemand so sehr zu bedauern als die Sozialdemokratie. Wir haben nach und nach die Ueberzeugung erlangt, daß der Verbrecher von antisozialistischen Elementen gedungen worden ist.

— Daß Lehmann-Hödel's Schädel von den Berliner Gerichten dem Physiologen Dr. Virchow verweigert wurde, ist unseren Lesern bekannt und hat nicht unbedeutendes Aufsehen erregt. Jetzt erfahren wir, daß auch Lehmann-Hödel's letzter, unmittelbar vor der Enthauptung an seine Mutter geschrie-bener Brief von den Gerichten zurückgehalten wird und der Mutter, welche nach Berlin gekommen war, um sich die Hinter-lassenenschaft ihres Sohns zu holen, zwar vorgelesen aber nicht eingehändigt wurde. Von diesem Brief sagt ein Bericht-erstatter der Berliner „Volkzeitung“, der entweder bei der Ber-lezung zugegen war, oder bei einer anderen Gelegenheit Ein-sicht von demselben genommen hat, daß er „psychologisch noch wichtiger sei als selbst der Schädel Hödel's.“ Die eigenthümlichen Vermuthungen, zu denen die Sequestrierung des „Hödelkopfs“ Anlaß gegeben hat, können durch die geradezu unbegreifliche Sequestrierung des Hödelbriefs nur an Con-sistenz (Festigkeit) gewinnen.

Von welcher Wichtigkeit es gewesen wäre, den Schädel Leh-mann-Hödel's wissenschaftlich zu untersuchen, erhellt aus der That-sache, daß, wie auf dem soeben in Paris abgehaltenen „anthropologischen Congreß“ in einem Vortrag des Pro-fessor Benedikt „über Verbrecheranatomie“ an zahlreichen Beispielen nachgewiesen ward, das Hirn von Verbrechern einen

anormalen (von der gesunden Bildung abweichenden) Ty-pus zu haben pflegt, mit anderen Worten, daß solche Ver-brecher — von diesen allein ist die Rede — welche außerhalb der Sphäre vernünftigen Denkens und menschlichen Fühlens liegende Handlungen begehen, fehlerhaft organisirte Ge-hirne haben, und folglich nicht zurechnungsfähig sind.

— Ein deutsches Capenne. Seit mehreren Jahren ist die deutsche Reichsregierung bemüht, sich irgendwo eine Colonie zu erwerben. Verschiedene Versuche sind bereits gescheitert; jetzt sieht sie in Unterhandlungen wegen einer „Flottenstation“ in Centralamerika, die, wie die Berliner „Nationalzeitung“ in ihrer Dernburg-witzigen Weise andeutet, nebenbei auch noch als zukünftiger Lustort für „untergrabende Elemente“ in Betracht gezogen werden dürfte. Wir wissen die uns zugedachte Freundschaft zu würdigen, und werden sie — nicht vergessen.

— Offenes Eingeständniß. Ein hochconservatives Blatt, die „Geraer Zeitung“, welche von der russischen Regierung inspi-riert ist, bespricht in einem Leitartikel die Ausnahmegeetze und sagt:

„Es mag schwer sein, das Gesetz so zu formuliren, daß nur die Sozialdemokratie getroffen wird, zumal der Uebergang von der sogenannten Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie ein kaum merklicher ist. Aber wir meinen, daß dies doch keinen unüber-windlichen Schwierigkeiten unterliegen kann, und wenn das Gesetz auch die halb-sozialdemokratische, gleichnerisch-heberische und des-halb überaus gefährliche fortschrittliche Winkelpresse zur Raifon bringt, so steigt ja sein Werth.“

Vom Fortschritt bis zum Nationalliberalismus ist nur ein sehr kleiner Schritt — wir haben meist gar keinen Unterschied zwischen beiden Parteien gefunden — und diesen Schritt wird doch irgend ein conservatives Blatt in seiner Unvorsichtigkeit noch vor der Berathung der Gesetze machen, denn ohne ein offenes Eingeständniß gegnerischerseits begreifen die National-liberalen ihre Stellung noch immer nicht. Die „Kölnische Zeit-ung“ schreibt schon, daß die Nationalliberalen Alles, was ihnen an Unrecht und Leid vor den Wahlen von der Regierung und von den Conservativen zugefügt sei, vergessen müßten.

— Die Oesterreicher erhalten in Bosnien von den In-surgenten die schönsten Prügel. — Mehemed Ali Pascha, der nach Albanien gelangt worden war, um die Abtretungen an Montenegro zu regeln und die dortigen Gegenden zu pacifi-ziren ist mit sammt seinem Gefolge von den aufständischen Al-banesen ermordet worden.

— Zum Rückgang. Unser Wiener Parteiorgan, der „So-zialist“, welches bis jetzt einmal wöchentlich erschien, wird vom 1. Oktober an wöchentlich zweimal herausgegeben.

— Am 4. September wurde die Anklage gegen unsern Par-teigenossen Müller von Wangen wegen Majestätsbeleidigung vor dem Bezirksgericht in Darmstadt verhandelt. Derselbe hatte in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Dreieichenhain über die Ereignisse des Jahres 1866 gesprochen und u. A. bemerkt, es sei damals von oben in einer Weise gehandelt worden, welche, wenn nicht von Erfolg gekrönt, mit weit mehr Recht für Hochverrath erklärt worden wäre, als Alles, was man den Sozialdemokraten Schuld gegeben. Von einigen Privatdenunzianten wurde diese Äußerung, die sich jeden-falls nicht gegen den jetzigen deutschen Kaiser richtete, dem Gericht angezeigt und einige Tage darauf Müller verhaftet. Derselbe bemühte sich vergeblich um einen Vertheidiger. Von allen Advokaten, an die er sich wandte, wurde er abgewiesen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängniß. Müller vertheidigte sich selbst. Keiner der von ihm namhaft gemachten Entlastungszeugen wurde vorgeladen! Der Ge-richtshof setzte sein Urtheil auf den folgenden Sonnabend aus. Wie wir inzwischen erfahren, ist Müller zu einem Jahr Ge-fängniß verurtheilt worden.

Die Motive zum Sozialistengesetz.

In Erkenntniß der Gefahren, von welchen der Staat und die Gesellschaft durch das Umsichgreifen der sozialdemokratischen Bewegung bedroht sind, legten die verbündeten Regierungen im Mai d. J. aus Anlaß des gegen Sr. Majestät den Kaiser ver-

noch später wurde unser armes Vaterland durch einen dreißig Jahre währenden unglückseligen Reinigungskrieg zerrissen. Wer weiß, ob all dies Unheil unsern Vätern nicht erspart geblieben wäre, hätte der Kurfürst Reichskanzler sich der Partei, die er anfangs unterstützt hatte, voll und fest angeschlossen. Ein solches Beispiel hätte andere Fürsten, schwankende, ermutigt und zur Nachahmung veranlaßt. Der Kurfürst-Reichskanzler hat sich schwer an Deutschland veründigt.

Suchen wir den Schlüssel zum Verhalten dieses nach dem Kaiser obersten Fürsten, so finden wir es in seinem kühlen, eigen-nützigen, berechnenden Sinne. Wenn er zu einer Partei hielt, so geschah dies niemals aus Ueberzeugung, sondern stets des-halb, weil er aus ihr Nutzen zu ziehen hoffte. Ging er zu einer andern Partei über, so that er das, weil er sich von dieser größeren Vortheil versprach. Bezeichnend für ihn ist das Re-script, in dem er den adligen Schöffen die Aenderung der Ge-richtsorganisation mittheilt: „Man hat Curer nicht mehr nöthig.“

Der arme Konrad.

Zulieferter Kalender für das arbeitende Volk für 1879.
Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.
Preis: Geh. 40 Pf., geb. 60 Pf.

Eine der schönsten Früchte der sozialistischen Literatur ist „Der arme Konrad“, Zulieferter Kalender für das arbeitende Volk. — Soeben ist die neue Ausgabe für das Jahr 1879 er-schienen und reißt sich dieselbe, was Inhalt und Ausstattung an-bezifft, ihren Vorgängern würdig an. Was den Inhalt an-langt, so ist derselbe dieses Mal ein außerordentlich reichhal-tiger. Das Vorwort giebt uns einen gedrängten Ueberblick über den Stand der sozialistischen Parteibewegung und Presse; dann folgt das Kalendarium, zwischen demselben Anekdoten, Sinngedichte und Aussprüche berühmter Männer. Den Reigen der unterhaltenden und belehrenden Abtheilung beginnt Joh. Ph. Becker mit einer lebendig geschriebenen Erinnerung aus seinem Leben, worin er uns die Befreiung Jacob Benedek's aus dem Kantonsgefängniß zu Frankenthal vorführt. Dem schließt sich eine ergreifende Schilderung des Kulihandels, dieser modernsten Sklaverei, an. Der naturwissenschaftliche Theil ist vertreten

übten Attentates dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vor; der Reichstag lehnte jedoch die Vorlage ab. Bald darauf zeigte ein aber-maliger Vorboersuch gegen den Kaiser von Neuem, wie leicht eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bis zu mörderischen Thaten sich zu steigern vermag. Zahlreiche Fälle von Majestätsbeleidigungen, welche sich an jenes erschüt-ternde Ereigniß knüpften, lieferten den Beweis dafür, wie weit solche Gesinnung bereits um sich gegriffen hat. Die verbündeten Regierungen wurden dadurch in der Ueberzeugung bekräftigt, daß es zum Schutze der Gesellschaft unerlässlich sei, der verderblichen Agitation Einhalt zu thun, welche als Hauptursache der zu Tage getretenen Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verwilderung der Gemüther angesehen werden muß. Die Regierungen sind nach wie vor der Meinung, daß es zu diesem Zwecke des Er-lasses gesetzlicher Vorschriften bedürfe, welche direkt und aus-schließlich gegen die sozialdemokratische Bewegung gerichtet sind. Der vorliegende Entwurf stimmt daher in den Grundgedanken mit der früheren Vorlage überein. Die Bestrebungen der So-zialdemokratie sind auf eine praktische Verwirklichung der radi-kalen Theorien des modernen Sozialismus und Communismus gerichtet. Nach diesen Theorien ist die heutige Produktionsweise als unwirtschaftlich und als eine ungerechte Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital zu verwerfen. Die Arbeit soll vom Kapital emanzipirt, das Privatkapital in Kollektivkapital, die individuelle, durch Concurrenz sich regelnde Produktion in eine genossenschaftliche, planmäßige Produktion verandelt werden; das Individuum soll in der Gesellschaft aufgehen. Die sozial-demokratische Bewegung unterscheidet sich scharf von den huma-nitären Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen dadurch, daß sie davon ausgeht, eine Hebung der Lage derselben auf dem Boden der heutzigen Gesellschaftsordnung sei unmöglich und nur durch eine Sozialrevolution erreichbar. Die Durch-führung einer solchen Revolution soll unter gleichzeitiger Um-wälzung der bestehenden Staatsverfassungen durch die interna-tionale Cooperation der arbeitenden Klassen aller Culturstaaten erfolgen. Diesen revolutionären internationalen Charakter hat die Bewegung insbesondere seit der im September 1864 zu London erfolgten Gründung der internationalen Arbeiterasso-ziation erlangt. In Deutschland fand die erste Organisation sozialdemokratischer Bestrebungen 1863 durch Lassalle statt. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein hatte noch einigermaßen ein reformatorisches nationales Gepräge. Bald jedoch trennten sich die radikaleren Elemente davon ab. Im August 1869 wurde zu Eisenach unter der Bezeichnung „Sozialdemokratische Arbeiter-partei“ eine Filiale der internationalen Arbeiterassoziation gebildet. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Allgemeine Ar-beiterverein bekämpften sich gegenseitig eine Zeit lang auf's Heftigste, bis allmählig die radikale und antinationale Richtung die Oberhand gewann. Im Mai 1875 fand auf dem Congreß zu Gotha die Wiedervereinigung der bis dahin getrennten Gruppen der deutschen Sozialdemokratie zu einer einheitlichen Verbindung unter der Bezeichnung „die sozialistische Arbeiterpartei Deutsch-lands“ statt. Das Programm der neuen Verbindung läßt über die revolutionären, den communistischen Tendenzen der Inter-nationale im Wesentlichen entsprechenden Grundsätze und End-ziele der Verbindung keinen Zweifel. Derselbe erstreckt sich über ganz Deutschland. Daneben besteht eine große Anzahl von lokalen sozialdemokratischen Vereinen; gewerbliche Fachvereine gleicher Richtung verzweigen sich über das ganze Bundesgebiet. Auf dem allgemeinen Sozialistencongreß, welcher im Herbst 1877 zu Gent abgehalten wurde und an welchem ein Delegirter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands theilnahm, fand die großartige Organisation der deutschen Sozialdemokraten ungeheure Anerkennung. Auf diesem Congreß ward der inter-nationale Bund durch Constituirung einer allgemeinen Union der sozialistischen Partei erneuert. In dem bezuglichen Manifeste ist der gemeinsame Operationsplan dargelegt und besonders die Nothwendigkeit von politischen Aktionen als eines mächtigen Mittels der Agitation und Propaganda für die Volkserziehung betont. Das Manifest schließt mit den Worten: „Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als eine große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei constituiren; möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder. Es gilt den Kampf um all Eurer Rechte, um die Vernichtung aller Privilegien. Proletarier aller Länder! vereinigt Euch.“ Es handelt sich also um nichts weniger, als um einen Bruch mit der gesammten bis-herigen Rechtsentwicklung aller Culturstaaten, um eine radikale Umwälzung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse von unten auf. Die Organisation des Proletariats, die Feststörung der

durch eine Abhandlung: Wie entstand unsere Welt? von V. Fri-wiger; „Sonne, Erde und Mond“ von Emil Rothbach. Auf dem Gebiete der Volkswirtschaft bringt der Kalender einen Ar-tikel über „Produktive und unproduktive Arbeit“ von Heinrich Oldenburg. Auch für anregende Unterhaltung ist gesorgt. Eine spannende geschriebene Novelle „Im Hinterhaus“ von Heinrich Friedmann, sowie die Fortsetzung der „Wahnachts-bilder“ von F. W. Frischke bieten den Lesern viel Schönes. Dem schließen sich noch kleinere Abhandlungen an, von denen besonders die Artikel über „die Vergiftung des Volk's“ und „Aus alten Papieren“ hervorgehoben zu werden verdienen. — Die Illustrationen zeigen uns zwei meisterhafte Bilder von Heinrich Heine und „dem Vater des modernen Sozialismus“ Babeuf. Zwei schwunghaft geschriebene Artikel, in denen das Leben und Wirken dieser beiden ausgezeichneten Männer be-leuchtet wird, schließen sich den Illustrationen an. Den Schluß bilden Post- und Telegraphen-Porto-Tarife sowie Marktverzeich-nisse für ganz Deutschland. — Unsere Leser ersieht aus Vor-stehendem die Reichhaltigkeit des diesjährigen Kalenders. Wenig-gleich nun auch der Stoff desselben und die Behandlung dieses Stoffes noch so unerschöpflich sind, so würde bei der Annahme des Ausnahmegesetzes trotzdem der „Arme Konrad“ demselben verfallen. Es genügt ja schon, daß der „Arme Konrad“ ein sozialistischer Kalender ist, um nachzuweisen, daß er der „Unter-grabung“ der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung dient. Dann der Titel und das Titelbild! Der „Arme Konrad“, der Bund der verfolgten und gepeinigten Bauern, die sich gegen die Unterdrückung und Verfolgung der Herrscher auflehnten und das Titelbild, auf welchem ein Bauernführer steht, der einen Ring mit einem Grabstein zieht und die Umstehenden einladet, in denselben einzutreten:

„Der arme Konrad heiß ich, bin ich, bleib' ich,
Wer nicht will geben den bösen Pfennig,
Der trete mit mir in diesen Ring“ —
in den Bund des arbeitenden Volkes! Also Untergrabung, Unter-grabung und nochmals Untergrabung! — Wer also den neuen, diesjährigen „Armen Konrad“ besitzen will, der möge recht rasch bestellen. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

*) Trotz dieser offensbaren Injurien wurde Luther nicht verklagt, was doch auf Grund der damals neuen Justizgesetze — der peinlichen Halsgerichtsordnung — jedenfalls hätte geschehen können.

bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die Herstellung der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates durch das organisierte Proletariat, das sind die ausgesprochenen Endziele. Diesen Zielen entspricht die in Wort und Schrift mit leidenschaftlicher Energie betriebene wohlorganisierte Agitation und deren Methode. Die Agitation sucht in den ärmeren und weniger gebildeten Schichten der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage, so wie die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit ihrer Aussichten unter der bestehenden Rechtsordnung zu verbreiten, sie, als Enterte, zu Reiz und Haß gegen die übrigen Klassen der Gesellschaft aufzureizen. Die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die Gesellschaft zusammenhalten, werden erschüttert, Ehrfurcht und Pietät verhöhnt, die Rechtsbegriffe der Masse verwirrt und die Achtung vor dem Geseze zerstört. Die gehässigsten Angriffe und Schmäbungen gegen das deutsche Reich und das Königthum geben der sozialistischen Agitation ein spezifisch antinationalales Gepräge; sie entfremdet die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterlande. Die Darstellung in Wort und Schrift von früheren revolutionären Ereignissen und die Verherrlichung bekannter Revolutionen, so wie die Thaten der Pariser Commune sind geeignet, revolutionäre Gelüste und Leidenschaften zu erregen und die Massen zu Gewaltthaten geneigt zu machen. Beläge für diese Art von Agitation liefern im großen Umfange die sozialdemokratische Presse und die Reden der Führer, der Agitatoren. Die Agitation hat in den letzten Jahren, wie ein Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie der „Vorwärts“ triumphirend hervorgeht, eine riesige Ausdehnung gewonnen; sie ist in Kreise gedrungen, welche ihr früher unzugänglich waren. Die Zahl der Zeitschriften, ihrer Abonnenten, die massenhafte Verbreitung von Druckschriften aller Gattungen, Flugblätter, Broschüren, Lieder, Bilderbücher und Kalender, so wie die Zahl ihrer geschulten Agitatoren und Wanderredner ist in stetigem Zunehmen begriffen. Die Erfolge dieser Agitation sind in der starken Vermehrung der Stimmen hervorgetreten, welche der Sozialdemokratie bei politischen und communalen Wahlen zugefallen sind; dem entsprechend ist die Zuversicht ihrer Anhänger gewachsen.

Die fortgesetzte Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, durch die sozialdemokratische Agitation hervorgerufen, schädigt empfindlich das Gemeinwohl und hindert die gedeihliche normale Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete. Daher gebot die Selbsterhaltung für den Staat und die Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zunächst aber ist der Staat berufen, die von der Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und der sozialistischen Agitation Schranken zu setzen. Freilich kann der Gedanke nicht durch äußeren Zwang unterdrückt werden, sondern die Bewegung der Geister kann nur im geistigen Kampfe überwunden werden. Wohl aber können und dürfen einer solchen Bewegung, wenn sie falsche Bahnen verfolgt und eine verderbliche zu werden droht, die Mittel ihrer Ausbreitung auf gesetzlichem Wege entzogen werden. Die sozialistische Agitation, wie sie seit Jahren betrieben, ist ein fortgesetzter Appell an die Gewalt und die Leidenschaften der Menge, um die staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Einem solchen Unternehmen kann der Staat Einhalt thun, indem er der Sozialdemokratie ihre wichtigsten Agitationsmittel nimmt und ihre Organisation zerstört. Er muß dies thun, wenn er sich nicht selbst aufgeben, nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung von seiner Ohnmacht oder von der Berechtigung der revolutionären Bestrebungen die Sozialdemokratie auskommen lassen will.

Dieser Nothwendigkeit gegenüber tritt auch die Besorgnis zurück, daß die aus dem Lichte der Öffentlichkeit verdrängte Agitation um so gefährlicher im Geheimen fortgesetzt werde. Ueberdies läßt sich mit Grund bezweifeln, daß letzteres in erheblicher Weise geschehen werde als gegenwärtig. Dem Staate allein wird indessen auch mit Hilfe der vorgeschlagenen Mittel nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung zu beseitigen; diese Mittel bringen nur die Vorbedingung für die Heilung des Uebels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der Gesellschaft, um durch Belebung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirtschaftliche Reformen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen. (Fortf. f.)

Correspondenzen.

Los Angeles (Californien), 12. August. Unsere gegenwärtig blühende Stadt, früher eine einsame, von Aposteln der „Alleinseeligmachenden Kirche“ gegründete Missionsstation, hat sich, seitdem sich mehr und mehr Amerikaner hier angesiedelt, zum bedeutendsten Platze Süd-Californiens entwickelt, wozu es seine glückliche Lage in einem weiten, äußerst fruchtbaren Thale allerdings auch vollständig qualifizirt. Die Stadt zählt jetzt circa 15,000 Einwohner, und wenn auch das anglo-amerikanische Element das öffentliche Leben vollständig beherrscht, so ist doch nach diesem das spanisch-mexikanische am stärksten vertreten. Die Vermischung dieser Nationalitäten scheint mir eine höchst glückliche zu sein.

Los Angeles liegt unweit der pacifischen Küste und etwa 450 englische Meilen südlich von San Francisco, der großen californischen Hauptstadt, und wer von letzterem Platze aus die Reise hierher zu Lande (per Eisenbahn) zurücklegt und nicht die zur See vorzieht, den führt dieselbe zum größten Theile durch eine fast unbewohnte, baumlose Ebene, welche sich zwischen der Sierra Nevada und dem californischen Küstengebirge ausbreitet, zum Theil eine vollständige Wüste, auf welche die Sonne glühend heiß brennt und den Boden steinhart macht, nur Cactus und Gestrüpp auf demselben duldend. Gegen Ende der Fahrt führt die unlangst vollendete Bahn durch einen langen Gebirgspass, und obwohl man die umliegenden Berge für sehr goldreich hält, so fehlt es an Wasser, um das edle Metall zu gewinnen, dasselbe „auszuwaschen“, und die Bemühungen der Goldsucher sind daher meist wenig erfolgreich. Freudig überrascht ist der Reisende, wenn er das lachende Los Angeles Thal und die Umgebung der Stadt mit ihrer sub-tropischen Vegetation erblickt.

Die Hauptstraßen der Stadt tragen ausgeprägt amerikanischen Charakter, doch erst seit wenigen Jahren. An den mexikanischen Ursprung der Stadt erinnern besonders einige lange Reihen niedriger aus Lehm aufgeführter Gebäude, jetzt außer von Mexikanern und Mischlingen zum Theil von eingewanderten Chinesen bewohnt. Mit diesen stehen die amerikanischen hölzernen, jedoch geschmackvoll und praktisch eingerichteten Cottages in einem sehr vortheilhaften Contrast.

Die Industrie ist hier, wie überall in Californien (San Francisco in mancher Beziehung ausgenommen), nach in den Kinderschuhen, die Bevölkerung ist hauptsächlich auf den Wein- und Obstbau angewiesen. Die Anbau von und der Handel mit

Südfrüchten, namentlich Orangen und Citronen, welche im hiesigen Klima vortreflich gedeihen, gewinnt mit jedem Jahre an Bedeutung. Auch Versuche mit der Cultur der Bananen wurden gemacht und gute Resultate erzielt.

Neben einigen englischen Tagesblättern (von denen eins die Interessen der Arbeiter energisch vertritt und den Grundsatz der Internationalen Arbeiterassoziation: „The Emancipation of the Working Classes must be achieved by the Working Classes themselves“*) zum Motto gewählt hat) erscheinen hier auch einige Wochenzeitungen in spanischer und französischer Sprache, desgleichen ein deutsches, das einzige in ganz Südcalifornien.

Erfreulich ist es zu sehen, daß auch hier die Arbeiter, aufgeweckt durch die von San Francisco ausgegangene Arbeiterbewegung, bei politischen Aktionen als selbstständiger Körper auftreten, um den öffentlichen Diefen, Land- und Eisenbahnmagnaten, welche das Mark des Landes ausaugen, das Handwerk zu legen. Die Arbeiter organisiren sich aus Zweckmäßigkeitsgründen nach Sprachgruppen, und es bestehen hier mehrere englisch sprechende, desgl. je ein spanischer, französischer und deutscher Arbeiterclub, und obgleich letzterer erst seit 2 Wochen besteht, zählt derselbe doch bereits 60 Mitglieder.

Die Bewegung trägt hier allerdings keinen rein-proletarischen Charakter, aber die gegenwärtig in der ganzen Welt, besonders auch in Californien, sich geltend machenden Verhältnisse, welche die Reichen reicher und die Armen ärmer machen, arbeiten darauf hin, daß sie voraussichtlich bald diesen Charakter tragen wird. Hoffen wir deshalb von der Bewegung das Beste.

F. R.
Piemont (Böhmen), im September. Parteigenossen Deutschlands! Im Auftrage der hiesigen Genossen sehe ich mich veranlaßt, Euch zu Euren Wahlergebnissen die besten Glückwünsche darzubringen und die Hoffnung auszusprechen, daß diese „Niederlagen“ (im Munde des Gegners) ihre Wirkung in der gesamten Arbeiterwelt aller civilisirten Nationen nicht verfehlen werden. Durch Eure Ausdauer und Disziplin habt Ihr die stille Bewunderung selbst aller denkenden Gegner im reichlichsten Maße erworben, da Ihr trotz Enttänsen, Schwierigkeiten und Wahregelungen aller Art und selbst der infamsten Mittel im Kampfe unentwegt und unermüdet dastandet und Resultate erzieltet, wie wir sie nicht zu hoffen wagten. Alle Provocationen der Ordnungselemente, die Arbeiter zu Ausschreitungen zu veranlassen, sind zunichte geworden, da der früher von den Ordnungselementen so oft gepriesene gesunde Sinn der Arbeiter für dieselben nicht empfänglich war.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat durch die Wahlen ihren hohen Beruf und ihre Lebensfähigkeit glänzend bewiesen. Muthig vorwärts auf der betretenen Bahn! Wir wollen auch nach Kräften an der Verbreitung unserer Ideen arbeiten, wir wollen auch weder Mühe noch Hindernisse scheuen und der allgemeinen Sieg kann uns nicht ausbleiben. Hoch die sozialdemokratische Bewegung! Im Auftrage hiesiger Genossen: Ant. Wankler.

Berlin, 7. September. Unser Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse“, hatte vor einiger Zeit zu der Mittheilung, daß es den Militärmuskeln von ihren Vorgesetzten verboten sei, in solchen Lokalen zu spielen, wo Sozialdemokraten verkehren, die Bemerkung gemacht, daß andere und höhere Offiziere nicht so schlimm von den Sozialdemokraten dächten, vielmehr sich der hiesigen Assoziations-Buchdruckerei zur Herstellung ihrer Druckarbeiten und also der Thätigkeit sozialdemokratischer Arbeiter bedienten. Auf diese Nachricht hin sanden, wie die „Nationalzeitung“ mittheilt, von dem zuständigen Ressortchef im Kriegsministerium, Oberstlieutenant Blume, sofort Ermittlungen statt, welche denn auch ergaben, daß in der erwähnten Buchdruckerei das Reglement über „Topographie für Offiziere“ gedruckt worden ist. Die Direktion der Kriegsakademie hatte zu Bewerbungen um diese Druckarbeiten öffentlich aufgefordert und der Assoziations-Buchdruckerei diese Arbeit übertragen mit Rücksicht auf die von ihr gestellten, der Kriegsakademie am meisten conventirenden Bedingungen. In seinem Bericht hebt der Oberst v. Radowich, als Direktionsmitglied der Kriegsakademie, ausdrücklich hervor, daß die von der Assoziations-Buchdruckerei gelieferten Arbeiten durchaus gut und zur Zufriedenheit der Bestellerin ausgefallen seien, und daß derselben jede Kenntniß von der politischen Stellung der Assoziations-Buchdruckerei gefehlt habe, und fernere Arbeiten an diese nicht mehr übertragen werden würden. — Wenn also conservative und nationalliberale Druckerien schlechtere Arbeiten liefern, so ist das Kriegsministerium dennoch verpflichtet, später Arbeiten diesen letzteren zu übergeben, weil, ja weil — in unseren politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen die größte Unordnung herrscht.

Essen, 1. September. Der Stolz der deutschen Industrie, die Krupp'sche Fabrik nimmt massenhafte Arbeiterentlassungen vor — aus Mangel an Arbeit, wie es auf den Certificaten heißt. Traurig dabei ist, schreibt der „N. W. Volksfr.“, daß sich das Entlassungsverfahren vielfach auf solche Arbeiter erstreckt, welche seit 1862 und noch längeren Jahren der Fabrik ihre Dienste geliehen haben und nun zum Dank dafür auf's Trüden gesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit richten wir indeß an alle uns befreundeten und andere unabhängige Blätter die Bitte, von diesen Vorgängen Notiz zu nehmen und vor fremdem Bezug zu warnen. Denn nach früherer Praxis pflegte die Firma hier die Arbeiter oft zu Hunderten zu entlassen und zu gleicher Zeit durch Annoncen in auswärtigen Zeitungen Arbeiter gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung zu suchen. Durch eine solche Warnung wird nicht nur den Arbeitern, sondern auch den betreffenden Gemeinden ein großer Dienst erwiesen. Den ersteren, weil ihnen bei günstiger Wendung der Geschäftslage die Arbeit erhalten, und den letzteren dadurch, daß ihr Armenrat von einer ferneren Belastung verschont bleibt, welche erfahrungsmäßig die unaussprechliche Folge eines unbedachtamen Verlassens des bisherigen Wohnsitzes gewesen ist.

Schellensberg, 20. August. Wir haben unserm Nachbarreise nachgeahmt und den liberalen Führer Dr. Gensel glücklich aus dem Felde geschlagen; das offizielle Resultat ist: Wahlrecht 8711, Gensel 7593. Dr. Gensel selbst verschmähte es, bei der Stichwahlagitation noch einmal öffentlich aufzutreten, seine ungeschickten Reisediener verdrängen aber Alles und verdirten die Stimmung gegen ihren Herrn und Meister, der als einer der geriebtesten Nationalliberalen von seinen Parteigenossen im Reichstage schmerzlich vermisst werden wird. Wenn man bedenkt, wie ungleich die Wahlmittel vertheilt waren, wie Dr. Gensel und Geheimrath Böttcher persönlich wenig behindert, sich mit Wort und Schrift an der Agitation für ihre Candidaturen betheiligen konnten, während unser Candidat, im Gefängniß schwachend, mundtot gemacht, sich nur auf die Rührig-

keit seiner Parteigenossen verlassen konnte und wie besonders im ersten Wahlgange viele Fabrikanten zu Gunsten der Gegen-candidaten ihre Arbeiter beeinflussten und unablässig Flugblätter und Zeitungsartikel losließen, so müssen wir wahrhaftig die Intelligenz unserer Wähler bewundern, die weder durch gute noch durch schlechte Mittel zu gewinnen waren, sondern ihrer unverfälschten Ansicht und ihrem zutreffenden Urtheil über die heutigen Zustände durch die Wahl Wahlrechts Ausdruck gaben. — Wie überall, so fehlte es auch bei uns am Wahltag nicht an Ausschreitungen, welche sich die fanatischen Ordnungsmänner“, die um jeden Preis zu siegen gedachten, gegen unsere die Wahllokale besetzenden Genossen zu Schulden kommen ließen. Den Dresdnern und Freibergern, die uns an diesem Tage noch so eifrig unterstützten und von der Ungezogenheit der Gegner Manches erzählen können, auch hierdurch noch unseren besten Dank für ihre bereitwillige Hilfe. Hoffentlich wird man uns diesen Kreis nicht so bald wieder entreißen, es wird noch manchmal gefiegt werden und der Dämpfer, welchen wir den „Reichstreuen“ hier aufgesetzt haben, wird seine Wirkung nicht verfehlen. Wenn unsere Sache bei öffentlichen Wahlen siegt, wird die Antipathie in den interessirten Bürgerkreisen immer mehr schwinden und die soziale „Krankheit“ ihre anstehende Wirkung zu Gunsten des öffentlichen Wohles immer stärker betheiligen. G. Gladewig.

Briefkasten

der Redaktion. G. in Schellensberg: Der in der Correspondenz aus Connewitz erwähnte Herr v. Brause ist nicht der bekannte Oberlehrer gleichen Namens, sondern ein jüngerer Kulturkämpfer, „der es noch herzlich weit bringen kann.“ — F. W. in Krapau! 1) Bei den deutschen Reichstagswahlen entscheidet die absolute nicht die relative Majorität; das heißt: derjenige, welcher als gewählt betrachtet werden kann, muß mindestens eine Stimme über die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Sind mehr als zwei Candidaten aufgestellt und erhält keiner der Candidaten mehr als die Hälfte aller Stimmen, so kommen die beiden Höchstbestimmten in die Stichwahl, so daß dann nur die auf einen von diesen Candidaten gefallenen Stimmen gültig sind. Auf diese Weise muß dann einer derselben die absolute Majorität erlangen, es sei denn daß Stimmengleichheit (ist bis jetzt bei den deutschen Reichstagswahlen noch nicht dagewesen), in welchem dann eine Neuwahl erforderlich wird. — U. G. in Löhmitz: Unser Wonnose Geiser, Redakteur der „Neuen Welt“, ist in Breslau geboren und war, ehe er nach Leipzig kam, Redakteur des „Zeigert“ in München. — A. B. in München: Auf Ihrer Durchreise sprechen Sie hier einmal vor, da die Frage durch den Briefkasten nicht erledigt werden kann. — J. K. in Gaarden: Ja. —

der Expedition. Th. G. 24 Grimmitzhan: Offerten auf Ihre Annonce sind nicht eingegangen. Für übrige Mittheilung besten Dank. Wollen Sie solche nicht auch nach Hamburg machen?

Parteigenossen in Sondershausen, Greußen, Nordhausen, Sangerhausen, Weiskesen, Sommerda und allen nahgelegenen Orten wo sich Parteigenossen befinden, werden freundlichst erucht, ihre Adresse an A. Welle, Frankenhäuser l. Thür. kommen zu lassen.

Dr. Keel in London wird um seine Adresse von Th. Weidemann, Brood 48, Hamburg und G. Keel, Kiel, Schevenbrücke 1, per Adresse Herrn Diekmann, gebeten.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

Inhalts-Verzeichniß:

Vorwort. — Vollständiges Kalendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Becker. — Woher und wohin mit den Kulis? — Wie entstand unsere Welt. Von U. Frimiger. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhause. Erzählung von Heinrich Friedmann. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Kosbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsgedichte aus einem Proletarierleben. Von F. W. Frischke. — Babes, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Eidenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichstagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Simpsprüche. Räthsel u. s. w. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland. Die Illustrationen sind von berühmten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gelegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheset nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzurathen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pfg., gebunden 70 Pfg., einzufenden, wofür wir franco per Kreuzband zu senden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Duzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pfg. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II. Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen:

ABC des Wissens für die Denkenden.

Von Dr. Ad. Douai.
Dritte unveränderte Auflage.
Preis 15 Pfg.

Durch uns kann bezogen werden:
N. Tchernyehewsky: L'Économie politique jugée par la science,
critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.
492 pages. Prix 1,50 M.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gäßlaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Californien war bekanntlich früher eine mexikanische Provinz.

**) „Die Emancipation der Arbeiterklassen muß durch die Arbeiterklassen selbst erreicht werden.“